



ULRICH MÜLLER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg – Direktmandat Wahlkreis Bodensee
Vorsitzender des Umweltausschusses - Minister a. D.

Rede im Plenum am 22. April 2009:

Bericht über die Europapolitik der Landesregierung für die Jahre 2007/2008

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wird es ein bisschen eng mit den Redezeitminuten, weil unheimlich viel ansteht. Ich will mich auf Leitlinien der Europapolitik der CDU-Landtagsfraktion konzentrieren und mache das jetzt im Stakkato und fast in Form von Überschriften.

Erstens: Wir stärken, begrüßen und unterstützen die Arbeit, die Zuständigkeit und das Handeln der Europäischen Union in der Außen- und der Sicherheitspolitik, der Welthandelspolitik, der Klimaschutzpolitik und der Bekämpfung der Finanzkrise. Ich glaube, dass die EU in all diesen Feldern in den letzten Jahren und in den letzten Monaten ein gutes Bild abgegeben hat.

Zweitens: Wir sind der Auffassung, dass es eine Reihe von großen Aufgaben gibt, die nur im europäischen Maßstab gelöst werden können. Der Wegfall der Grenzen, die Einführung des Euro, eine entsprechende Stabilitätspolitik, eine Antiverschuldenspolitik, der Binnenmarkt und der faire Wettbewerb, die Großforschung und die Energiepolitik sind solche Beispiele. Auch hier begrüßen wir, was in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene geschaffen worden ist, und wollen auf diesem Weg fortfahren.

Drittens: Wir sehen den Gedanken der Freizügigkeit auch nach der Abschaffung der Grenzen noch immer nicht in dem Umfang erfüllt, in dem wir uns das vorstellen. Deswegen begrüßen wir alles, was geschieht, um den grenzüberschreitenden Verkehr von Jugendlichen und von Arbeitnehmern zu fördern, einen einheitlichen Verbraucherschutz zu erreichen, die Landwirtschaftspolitik zu harmonisieren und ein öffentliches Auftragswesen zu haben, das dem großen Markt Europas gerecht wird. Gerade die Bundesrepublik Deutschland profitiert ja besonders von einem europäischen Markt. Denken wir nur daran, dass 60 % aller Exporte aus Deutschland in den europäischen Raum gehen.

Viertens: Wir begrüßen den Vertrag von Lissabon, weil wir davon ausgehen, dass Europa – jetzt kommen schon die ersten kritischen Anmerkungen – in Sachen Transparenz, in Sachen Effizienz und in Sachen der demokratischen Legitimation einen Nachholbedarf hat. Wir begrüßen den Vertrag von Lissabon auch, weil hier am Subsidiaritätsprinzip festgehalten werden soll. Auf all diesen Gebieten gibt es Nachholbedarf. Es ist eine Paradoxie, dass die Euroskeptiker in Irland und in Tschechien diesen Vertrag nicht wollen, der genau ihrer Kritik Rechnung tragen würde.

Fünftens: Wir sind der Auffassung, dass man in der Öffentlichkeit deutlich machen muss, dass Deutschland nicht der Zahlmeister Europas ist. Schauen wir einmal an, wie viel wir netto pro Kopf und Jahr in den europäischen Haushalt geben: Das sind ungefähr 80 bis 90 € pro Kopf und Jahr. Vergleichen wir das mit dem, was Baden-Württemberg in den Länderfinanzausgleich gibt: Das sind 200 bis 250 € pro Kopf und Jahr zulasten der Steuerzahler. Ich glaube, diese 80 bis 90 € darf Europa uns wert sein.

Aber wenn wir über das Geld sprechen, muss man dazusagen: Es muss uns auch darum gehen, dass wir die Verwendung der europäischen Gelder entsprechend kontrollieren. Hier gibt es Defizite, übrigens weniger im Landwirtschaftsbereich als im Bereich des Strukturfonds und des Sozialfonds.

Wir brauchen mehr Finanzkontrolle. Wir brauchen in vielen Ländern eine bessere Verwaltung, und wir brauchen eine stärkere Korruptionsbekämpfung.

Sechstens: Wir sind der Auffassung, dass die Europäische Union durch die Beitritte von Ländern wie der Türkei oder der Ukraine nicht überfordert werden darf.

Siebtens: Wir lehnen die Vorschläge der Europäischen Union zur Asylpolitik ab, weil sie den Asylkompromiss, der hier glücklicherweise innenpolitisch bundesweit in den Neunzigerjahren gefunden worden ist, wieder unterminieren würden. Wir sind der Landesregierung dankbar, dass sie im Bundesrat zusammen mit anderen unionsregierten Ländern erfolgreich war, während die SPD in dieser Frage eine diffuse Haltung eingenommen hat.

Achtens: Wir sind der Auffassung, dass es Bereiche der Daseinsvorsorge gibt, in denen ein Markt radikalismus fehl am Platze wäre. Es gibt bestimmte deutsche Traditionen, die ich nur einmal mit drei Begriffen ausdrücken will: das Sparkassenwesen, das öffentliche Rundfunkwesen und die Wasserversorgung. Bei denen muss man sagen: Nicht alles, was man in den Markt überführen könnte, ist dort auch richtig aufgehoben.

Neuntens: Wir sind der Auffassung, dass wir insgesamt weniger Regeln, weniger Bürokratie und in denjenigen Bereichen, in denen der europäische Wettbewerb nicht tangiert ist, auch einen größeren nationalen Handlungsspielraum brauchen.

Zehntens: Wir brauchen das Prinzip der Subsidiarität, den Vorrang der kleineren Einheit, bürgernahe Lösungen, sachnahe Lösungen, Lösungen von Vielfalt unter Berücksichtigung der föderalen Ordnung der Bundesrepublik, unter Berücksichtigung der kommunalen Selbstverwaltung.

Ich sage aus aktuellem Anlass dazu: Wir brauchen auch einen Schutz der Verfassungsordnung und der Verfassungsrechtsprechung. Ich spiele damit auf das Verhältnis zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof an. Wir feiern in diesen Tagen das 60-Jahr-Jubiläum unserer Verfassungsordnung, und wir haben auch gegenüber der Europäischen Union diese Ordnung zu verteidigen.

Was Kompetenzabgrenzung anbelangt, brauchen wir ausdrückliche Kompetenzermächtigungen. Sache von Europa ist es nicht zwingend, wenn einem irgendetwas gefällt, was in Brüssel gesagt wird. Es ist noch keine Kompetenzbegründung, wenn irgendein Problem überall in Europa existiert. Deswegen kann es immer noch eine kommunale Angelegenheit sein, eben dann von europäischen Kommunen. Sache von Europa wird etwas nicht dadurch, dass Europa Geld bietet. Denn einen Einkauf in Zuständigkeiten darf es nicht geben.

Aber Sache von Europa ist es, globale Verantwortung zu übernehmen, den Binnenmarkt zu stärken und die grenzüberschreitenden Probleme zu lösen.

Meine Damen und Herren, die Union versteht sich als eine Partei, als eine politische Richtung, die traditionell europafreundlich ist. Wir wollen ein Europa der Bürger, der Vielfalt, der westlichen Wertegemeinschaft, der weltweiten Verantwortung, der Verteidigung unserer Verfassungsordnung, der Dezentralität. Dazu brauchen wir auch Europa, aber manchmal müssen wir uns gegenüber der Europäischen Union wehren, um diese Prinzipien auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

Den Appell, zur Wahl zu gehen, kann man nur unterstreichen. Damit könnten wir zum Ausdruck bringen, dass die Bürger hinter Europa stehen.

Vielen Dank.

K O N T A K T

Abgeordnetenbüro Bahnhofstraße 8 88250 Weingarten Telefon 0751/ 56 09 25 32 Telefax 0751/ 56 09 25 50 E-Mail info@mueller-mdl.de

Privat Schlierer Straße 67 88212 Ravensburg Telefon 0751/ 3 31 12 Telefax 0751/ 3 13 60 Mobil 0160/ 97 333 776 E-Mail ulrichmuellermldrv@web.de